

BFS-TRENDINFO

8/15

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Arbeitswelt

Vom Bürostuhl in den Liegestuhl (und zurück)

Inklusion am Arbeitsmarkt: Deutschland nur
Mittelmaß

Gesundheit

Health Literacy: Gesundheitskompetenz wird
immer wichtiger

Pflege

Polnische Pflegekräfte: Raus aus der Grauzone

Fachkräfterekrutierung in der Pflegebranche:
Darum in die Ferne schweifen!

Europa

Grundprinzipien für die Sozialsysteme in Europa

Gesellschaft

Mehr Demokratie wagen – per Internet? Vier Wege
partizipativer Erneuerung

Materialien

Mythos Redemacht: Die Kunst des Überzeugens

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

jedes Jahr in den großen Ferien verbringen viele Großeltern den Urlaub mit ihren Enkelkindern. Irgendwann kommt der Zeitpunkt, da reisen die Enkel alleine und man hofft, dass sie gut zurechtkommen in der Welt. Noch später fahren dann mitunter die inzwischen erwachsenen Enkelkinder mit Oma oder Opa in Urlaub. Wie man heute reist, zeigt ein Enkel seiner agilen 76-jährigen Großmutter in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „mobil“. Nur mit einem Smartphone und diversen Apps ausgestattet organisiert er den Urlaub von unterwegs.

Thilo Mischke ist mit seiner Oma Karin, die in der DDR groß geworden ist, viel gereist. Er erinnert sich an den Geschmack ihrer Stullen, die immer dazu gehörten, egal ob es nach Boston oder Bautzen ging und an ihre Hand, die seine festhielt, wenn sie eine Straße überquerten. Jetzt übernimmt er die Rolle des Reiseleiters.

Oma vertraut ihrem Enkel und fährt mit dem Zug von Berlin über Frankfurt und Marseille nach Nizza. Geplant und gebucht über die App Qixxit, die bis zu 15 verschiedene Verkehrsmittel vergleicht. Eine Unterkunft haben beide bei Ankunft noch nicht, was Karin etwas verunsichert. Auf booking.com findet Thilo jedoch schnell ein günstiges Hotel in der Nähe. Oma schaut sich auf dem Weg dorthin die kleinen Geschäfte an und genießt die Beschaulichkeit der engen Gassen, während der Enkel gebannt aufsein Mobiltelefon guckt, um den kürzesten Weg zu finden.

Aber Oma biegt mit Absicht rechts ab. Und das obwohl Google links sagt. Im Handy wird die Route neu berechnet. „Wie willst du denn was entdecken? Verlaufen gehört doch zum Reisen dazu“, findet Karin. Auf dem Umweg entdecken beide hübsche kleine Cafés und wunderschöne Palmen. Schließlich kommen sie etwas später als geplant, aber gut gelaunt in ihrem Hotel an. Als der Reiseführer-Enkel vorschlägt, ein Selfie auf Instagram zu posten, findet Oma, man sollte eher ein Foto von diesem Ort machen.

Instagram darf am nächsten Tag entscheiden, wo man Sehenswertes findet. Ergebnis: Die Strandpromenade. Oma Karin meint dazu, dass sie darauf auch so gekommen wäre, schließlich sei es am Meer immer am schönsten. In einem Café versucht Thilo die nächste Übernachtung über Airbnb zu organisieren. Eine App über die man sich bei fremden Menschen einquartieren kann. Oma meint dazu. „Nun guck doch mal hoch, da ist das Meer.“ Das geht aber nicht, weil man vielleicht ein schönes Wohnquartier verpasst. Als endlich was gefunden ist, macht sich Unruhe breit, weil die Bestätigung nicht kommt. Als es mit Airbnb nicht klappt, ist Oma erleichtert, dass sie nicht bei unbekanntem Leuten zuhause übernachten muss. Über booking.com landen beide in einem netten Hotel, in dem selbst die Vermieterin überrascht ist, wie schnell ihre Gäste plötzlich in der Tür stehen.

Über Tripadvisor versucht der Enkel ein schönes Restaurant für den Abend zu finden. Oma lehnt das ab und geht einfach los.

Nach 40 Minuten durch schöne Gassen, treppauf und treppab, sitzen sie in einem netten Restaurant, in dem sie in ihren Reiseerinnerungen schwelgen. Jetzt kommt wieder das Smartphone zum Einsatz: Der Kellner wird gebeten in das Handy zu sprechen in der Hoffnung, dass der Google Translator gut Französisch kann. Das klappt jedoch nicht, weil der Kellner genervt ist und viel zu schnell spricht. Oma bestellt „Deux cafés crèmes s’il vous plaît“. Und Mischke bemerkt stolz: „Oma, die kann so was, Google leider nicht.“

Diese herzerfrischende Geschichte verdeutlicht besser als manche Studie: Das Alter ist bunt und differenziert und besteht nicht nur aus Pflgethemen. Und sie zeigt, wie gut Jung und Alt zusammen leben, arbeiten und dabei auch noch Spaß haben können.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen gute Reisen und eine entspannte Urlaubszeit!

Ihre Redaktion

Wenn Sie Thilo Mischke und seine, wie er sie liebevoll nennt, „bekloppte“ Oma Karin kennenlernen und ein Stück auf ihrer Reise begleiten wollen, dann schauen sie doch mal hier.

Arbeitswelt

Vom Bürostuhl in den Liegestuhl (und zurück)

Vielleicht schauen Sie jetzt nur kurz auf die Überschriften der BFS-Trendinfo, weil Sie so kurz vor dem Urlaub keine Zeit haben. Es ist noch so viel zu erledigen, bevor es losgeht. Oder Sie können nicht genauer hinzuschauen, weil jetzt, nach dem Urlaub, das E-Mail-Postfach überläuft.

So wie Ihnen geht es zwei Dritteln der Deutschen. Der Urlaub beginnt und endet mit Stress, weil sie den Bürostuhl schlagartig mit dem Liegestuhl tauschen und sich nicht einmal einen Tag Pause dazwischen gönnen. In dem Newsletter „Forschung aktuell“ der Stiftung für Zukunftsfragen erfahren Sie, was dieser abrupte Wechsel bewirkt, welche Berufsgruppen am stärksten betroffen sind und wie man dieser Mühle entgehen kann.

Grundlage für die Untersuchung der Stiftung für Zukunftsfragen sind persönliche Interviews mit über 4.000 Bundesbürgern ab 14 Jahren. Sie wurden befragt, wann sie vor dem Reisebeginn aufhören zu arbeiten, um entspannt den Urlaub anzutreten. Natürlich wollte man auch wissen, ob man sich nach dem Urlaub etwas Zeit gönnt, sich wieder zu akklimatisieren und auf den Arbeitsalltag einzustellen.

Bei den Selbständigen und Freiberuflern sind es 47 Prozent, die ohne einen Tag Pause bis zum Abreisetag arbeiten. Entspannter beginnen Beamte und (Fach-)Arbeiter ihren Urlaub. Hier sind es nur 10 bzw. 20 Prozent, die sich keinen Tag Pause zwischen Arbeitsende und Urlaubsbeginn gönnen. Ein weiteres Drittel aller Reisenden gibt sich mit nur einem freien Tag vor Reisebeginn zufrieden.

Einen entspannten Start in den Urlaub gönnen sich nur die wenigsten Deutschen.

In Eile zur Ruhe kommen

Professor Dr. Ulrich Reinhardt, der Wissenschaftliche Leiter der Stiftung für Zukunftsfragen, meint dazu: „Wer die Koffer erst am Vorabend packt und mit der Reiseplanung erst am Urlaubsort beginnt, kann den Alltag schlechter hinter sich lassen und droht sogar im Urlaub krank zu werden. Wenigstens drei Tage vor Reisestart sollte man den Alltag langsam ausklingen lassen und in Urlaubsstimmung kommen.“

Obwohl Deutschland zu den Ländern mit den meisten Urlaubstagen zählt (durchschnittlich über 28 Tage pro Jahr) und die eigentliche Reisedauer seit Jahrzehnten sinkt (1980: 18 Tage, 2014: 12 Tage), scheint jeder Urlaubstag so kostbar zu sein, dass man keinen verschenken möchte. Lieber wird Stress in Kauf genommen, als entspannt in Urlaub zu fahren.

Von je 100 Befragten geben 87 Prozent der Hausfrauen, 82 Prozent der Rentner, 75 Prozent der Selbstständigen, 50 Prozent der Angestellten, 30 Prozent der Beamten und 28 Prozent der Schüler und Studierenden an, sofort nach dem Urlaub bzw. den Ferien wieder ihrer regulären Tätigkeit (Arbeit, Haushalt, Schule, Uni etc.) nachzugehen.

10 Tipps für einen entspannten Urlaub

Im Ergebnis der Befragung kristallisiert sich heraus, dass man dem Urlaubsstress entgehen könnte. Professor Reinhardt nennt diese zehn Tipps für einen entspannten Urlaub:

- Vorfreude ist die schönste Freude, daher informieren sie sich vorab über die Highlights und Geheimtipps – das macht Spaß und spart Zeit vor Ort.
- Etwas zu vergessen kann die Urlaubsfreude trüben. Haben Sie alles eingepackt? Die Zeitung abbestellt und jemanden zum Post rausholen und Blumen gießen organisiert?
- Auch die Anreise gehört zum Urlaub. Daher sollten Sie nicht bis zum letzten Tag arbeiten und eine stressvolle Anreise vermeiden. Fahren Sie lieber einen halben Tag später los.
- Gehen Sie den Urlaub entspannt an. Der Körper muss sich erst an die Temperaturunterschiede und auch den neuen Rhythmus gewöhnen.
- Versuchen Sie Erholung und Erlebnis im Gleichgewicht zu halten. Nur eines von beiden ist selten befriedigend.
- In Gemeinschaft erlebt man oftmals mehr und hat zudem noch Spaß. Insofern seien Sie gesellig – geteilte Freude ist bekanntlich doppelte Freude.

- Planen Sie auch Zeit für sich ganz persönlich und zum Entspannen ein. Man muss nicht alles gemeinsam machen und jeden Ausflug unternommen haben.
- Auf der Rückreise sollten Sie Staus und Entspannungspausen realistisch einplanen. Wer gestresst aus dem Urlaub kommt, bei dem ist die Erholung schnell verflogen.
- Lassen Sie den Urlaub nachwirken und fangen Sie nicht am nächsten Morgen gleich wieder an zu arbeiten – auch der Urlaub muss verarbeitet werden.
- Veranstalten Sie einen „Nachurlaubsabend“. Drucken Sie Fotos aus, kochen Sie ein Urlaubsessen nach und beginnen Sie mit den Planungen für die nächste Reise.

Den Newsletter „Forschung aktuell“ der Stiftung für Zukunftsfragen Nr. 263 vom 01.07.2015 finden Sie [hier](#).

Inklusion am Arbeitsmarkt: Deutschland nur Mittelmaß

Im Jahr 2008 trat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft. Der Vertrag dokumentiert einen Paradigmenwechsel im sozialen Umgang mit Behinderung – von der Fürsorge zur Teilhabe und Inklusion. Dabei kommt der Inklusion in den regulären Arbeitsmarkt eine besondere Bedeutung zu. Erwerbsarbeit, so besagen wissenschaftliche Untersuchungen, kann für behinderte Menschen noch elementarer sein als für Nichtbehinderte:

Sie gibt ihnen das Bewusstsein gesellschaftlicher Wertschätzung, hilft ihren Lebensunterhalt zu sichern, beugt sozialer Isolation vor und erleichtert eine feste Alltagsstruktur.

Die vorliegende Analyse zieht eine erste vergleichende Bilanz: Wie setzen die einzelnen Länder der Europäischen Union die UN-Konvention um? In welchem Umfang sind behinderte Menschen in die Arbeitswelt integriert und verdienen ihr eigenes Geld? Bei dieser Frage tritt das moderne Inklusionsverständnis in seiner ganzen Tragweite zutage: Behinderung ist kein einschränkendes Schicksal. Die Umwelt soll vielmehr so ausgestattet sein, dass alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können.

Viele EU-Länder, drei Modelle

Catrin Berger vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften GESIS untersucht die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung in 30 europäischen Ländern. Die Ergebnisse dokumentieren große nationale Unterschiede. Am Beispiel von sieben Ländern (Deutschland, Frankreich, Griechenland, Niederlande, Rumänien, Schweden, Großbritannien) ordnet Berger die dort jeweils vorherrschenden Maßnahmen und Programmdreie behindertenpolitischen Grundmodellen zu. Dieses methodische Vorgehen schlägt eine Schneise ins Dickicht nationaler Ansätze und verweist auf den Weg, der die UN-Ziele künftig am besten zu erreichen verspricht. Die drei Modelle im Überblick:

Kompensationsorientierte Länder (Niederlande, Griechenland, Rumänien) basieren auf einem medizinischen Behinderungsmodell. Behinderte Menschen werden im Allgemeinen nicht beruflich gefördert, sie erhalten stattdessen staatliche Transferleistungen. Die wenigen erwerbstätigen Behinderten sind meist in segregierten Einrichtungen wie hierzulande etwa den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) beschäftigt.

In **rehabilitationsorientierten Ländern** (Deutschland, Frankreich) basieren die Maßnahmen zur beruflichen Integration auf einem ökonomischen Modell von Behinderung. Der behinderte Mensch gilt als Arbeitnehmer mit eingeschränkter Produktivität. Im Mittelpunkt stehen Rehabilitationsmaßnahmen, Beschäftigungsprogramme und Arbeitsmarktschutzrechte. Hier sind nach Produktivität gestaffelte Erwerbschancen zu erwarten.

Die Behindertenpolitik in **partizipationsorientierten Ländern** (Schweden, Großbritannien) sieht den behinderten Menschen als diskriminierten Bürger und gleichwertigen Arbeitnehmer. Ziel ist die inklusive Gesellschaft. Große Bedeutung haben etwa Gleichstellungsgesetze und Bauvorschriften. Es ist von einem hohen Erwerbstätigenanteil für behinderte Menschen – auch auf dem ersten Arbeitsmarkt – auszugehen.

Zentrale Ergebnisse der Studie

Datengrundlage des Beitrags ist der European Labour Force Survey 2011 zur Beschäftigung behinderter Menschen. Bei der Interpretation der Ergebnisse wird die Einkommenssituation nicht berücksichtigt. Bei einzelnen Parametern unterscheidet die Statistik „Einschränkungen im alltäglichen Leben“ und „Einschränkungen im Arbeitsleben“.

Behinderung, eine Frage der Nationalität: In Irland geben nur 5 Prozent der Befragten an, behindert zu sein, in Österreich dagegen 24 Prozent. Deutschland liegt mit 16 Prozent knapp über dem EU-Durchschnitt (14 Prozent). Ähnlich verhält es sich mit dem Anteil Behinderter mit Einschränkungen am Arbeitsplatz: In Griechenland liegt er bei 6 Prozent, in Deutschland bei 10 Prozent und in Island bei 24 Prozent (EU-Durchschnitt knapp 11 Prozent). Die Ursachen für die großen Abweichungen können zum Beispiel Unterschiede der Länder beim Gesundheitszustand der Bevölkerung oder bei der sozialrechtlichen Definition von Behinderung sein.

Erwerbstätigenquote: Je besser der Arbeitsmarkt floriert, desto besser steht es in den meisten Ländern um die berufliche Integration Behinderter. Innerhalb der EU ist die Erwerbstätigenquote von Behinderten in Schweden am höchsten (66 Prozent), der EU-Durchschnitt liegt bei 47 Prozent. In Deutschland sind 51 Prozent der Behinderten erwerbstätig.

Erwerbslosenquote: In Deutschland ist die Quote Behinderter mit arbeitsspezifischen Einschränkungen mit knapp 23 Prozent mehr als viermal so hoch wie die Quote der Personen ohne arbeitsspezifische Einschränkung. „Hier suchen also besonders viele behinderte Menschen aktiv eine Stelle und sind aktuell für den Arbeitsmarkt verfügbar, erhalten de facto aber nicht die Chance auf Arbeit“, erläutert Autorin Berger.

Erwerbstätigkeit älterer Behinderter: In Schweden sind mehr als 60 Prozent der Behinderten über 50 Jahren erwerbstätig. In Deutschland und Großbritannien gilt das nur für rund ein Drittel der älteren Menschen mit arbeitsbezogener Behinderung.

Versorgung mit Arbeitshilfen: Wie weit die Integration ins Arbeitsleben gelungen ist, lässt sich auch an der Versorgung mit Arbeitshilfen (z. B. technische Anpassung, besondere Arbeitszeitvereinbarungen) ablesen. In Deutschland erhalten nur 14 Prozent der behinderten Arbeitnehmer solche Hilfen, in Frankreich 7 Prozent. „Dass gerade in diesen beiden rehabilitationsorientierten Ländern so wenige behinderte Erwerbstätige eine Hilfe zur Arbeit erhalten, ist überraschend, da sowohl in Frankreich als auch in Deutschland Arbeitsplatzanpassung und Arbeitsassistenz Teil offizieller Politik sind und auch gerne im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit herangezogen werden“, kritisiert die Studie.

Auch in Schweden erhalten nur wenige behinderte Arbeitnehmer eine Hilfe zur Arbeit, aber: „Hier greift das allumfassende Inklusionsprinzip, das auf einer barrierefreien Umwelt für alle und nicht auf Sonderlösungen für bestimmte Personengruppen basiert.“

Zusammenfassung und Ausblick

Im partizipationsorientierten Schweden gelingt die berufliche Integration von behinderten Menschen gut, stellt Studienautorin Berger fest. „Genau das ist auch die Zielvorstellung der UN-Behindertenrechtskonvention, von der die meisten europäischen Länder de facto noch sehr weit entfernt sind.“ Kurzfristige Einzelmaßnahmen seien nicht ausreichend, viel wichtiger hingegen seien „ein umfassendes Umdenken in der Gesellschaft und die Umgestaltung der Umwelt hinsichtlich der Bedürfnisse behinderter Menschen im Sinne von Inklusion“.

Bis dahin sei noch viel zu tun. Vorab müsse die Datenlage zur Lebenssituation von behinderten Menschen dringend verbessert werden, damit entsprechende Maßnahmen zielgruppenspezifisch auf den Weg gebracht werden könnten. Für Deutschland attestiert die Studie „aktuell konkrete Bemühungen, die den Inklusionsgedanken in den Vordergrund rücken“. Dazu gehört die Initiative Inklusion (2011) im nationalen

Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Bis 2016 soll ein Bundesteilhabegesetz beschlossen werden. „Es bleibt abzuwarten, wie sich diese neuen Regelungen auf die Beschäftigungssituation behinderter Menschen auswirken.“

Catrin Berger, „Deutschland noch weit von UN-Zielvorgaben entfernt. Analysen zur Arbeitsmarktsituation von behinderten Menschen in der Europäischen Union“, Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Ausgabe 53, April 2015, Seite 1-7. Der Beitrag steht [hier](#) zum kostenlosen Download bereit.

Gesundheit

Health Literacy: Gesundheitskompetenz wird immer wichtiger

„Wenn man etwas nicht weiß, es nicht lesen und verstehen kann, wie soll man das auch kennen?“ Eindringlich bringt der türkischsprachige Patient seine Orientierungslosigkeit bei Besuchen einer Arztpraxis oder eines Krankenhauses in Deutschland auf den Punkt. So wie ihm geht es tausenden Migranten, die hier leben und arbeiten, sich aber noch auf dem persönlichen Bildungs- und Entwicklungsstand aus ihrer alten Heimat befinden. Ihre Schwierigkeiten mit dem deutschen Gesundheitssystem beginnen schon damit, den richtigen Arzt zu finden und die Behandlungsabläufe zu verstehen – sprachlich und inhaltlich. Beim Kontakt mit Krankenkassen und Behörden müssen sie dann vollends passen. Eine ebenfalls türkischsprachige Patientin erklärte ihre Beschwerden in der anschaulichen Symbolsprache ihrer Herkunftskultur: „Mein Bauchnabel ist verrutscht.“

Die Zitate fielen in den Sprechstunden der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD), einer gemeinnützigen Einrichtung mit bundesweit 21 Beratungsstellen. Patienten werden dort kostenfrei und unabhängig zu allen Gesundheitsfragen beraten. Ein 2011 konzipiertes Angebot, das zunächst Modellstatus hatte, richtet sich speziell an Menschen mit Migrationshintergrund. In einem aktuellen Forschungsbericht stellen Doris Schaeffer und ihr Wissenschaftlerteam jetzt Ergebnisse einer qualitativen Evaluation zur „Health Literacy von Menschen mit Migrationshintergrund in der Patientenberatung“ vor. „Bei diesem Personenkreis ist der Zugang zum

Gesundheitssystem häufig bereits durch sprachliche Hürden, fehlende Kenntnis der Strukturen und ein abweichendes Krankheitsverständnis erschwert“, erklärt die Gesundheitswissenschaftlerin der Universität Bielefeld.

Health Literacy – das Konzept

Die Untersuchung ist ein Beispiel für einen hierzulande noch jungen wissenschaftlichen Themenbereich. „Health Literacy“ – auf Deutsch „Gesundheitskompetenz oder -bildung“ – bezeichnet ein wissenschaftliches Konzept, das in den USA bereits seit Jahren erforscht wird und zunehmend auch hierzulande Beachtung findet. In einer allgemeinen Definition meint es „die Fähigkeit des Einzelnen, im täglichen Leben Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf die Gesundheit auswirken – zu Hause, am Arbeitsplatz, im Gesundheitssystem und in der Gesellschaft allgemein“ (Kickbusch 2006). Konkret heißt das: Jedermann sollte mindestens in Grundzügen über seine Gesundheit Bescheid wissen, sich im Falle von Krankheit gezielt medizinischen Rat und Hilfe verschaffen und begleitende administrative Schritte in die Wege leiten können. Viele Menschen tun sich damit schwer, einige Bevölkerungsgruppen sind damit jedoch nahezu überfordert.

Good Practice: Patientenberatung für Migranten

Die Evaluation des muttersprachlichen Beratungsangebots der UPD (türkisch- und russischsprachig) erfolgte im Frühjahr 2013 auf der Basis einer Dokumentenanalyse, eines Fokusgruppeninterviews mit sechs Beratern, von Einzelinterviews mit 24 weiteren Experten sowie von leitfadenbasierten Interviews mit 18 potenziellen und realen Nutzern unterschiedlicher Generationen. Einige zentrale Ergebnisse:

Herkunftsbedingte Heterogenität: Unter den hierzulande lebenden Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund herrscht große Heterogenität hinsichtlich Herkunft, Alter und Geschlecht. Vorhandene Beratungsangebote werden überwiegend von Personen aus dem türkisch- und arabischsprachigen Raum und aus der ehemaligen Sowjetunion in Anspruch genommen. Die Ratsuchenden sind meist Neuzuwanderer, Heiratsmigranten und Menschen, die im Rahmen einer Familienzusammenführung schon vor Jahren nach Deutschland immigriert sind. Die Nutzer der Beratungsstellen sind überwiegend weiblich.

Bildungsfernes Milieu: Die meisten Ratsuchenden gehören zur Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen und entstammen einem eher bildungsfernen Milieu. „Daraus resultiert eine

eingeschränkte Informiertheit und Autonomie im Umgang mit versorgungsspezifischen Belangen“, erläutert Schaeffer.

Andere Länder, anderes Gesundheitswesen: Die befragten türkischsprachigen Migranten der ersten und zweiten Generation haben oft eine schlechte Schulbildung und sind kaum mit dem deutschen Gesundheitswesen vertraut. Erst die dritte Generation, in Deutschland aufgewachsen und sozial weitaus besser integriert, verfügt über ausreichende Sprachkenntnisse und eine vergleichsweise hohe Gesundheitskompetenz.

Die Gruppe der russlanddeutschen Spätaussiedler sticht durch bevorzugt familiäre Inanspruchnahme gesundheitsbezogener Leistungen und ein geringes Vertrauen in Ärzte hervor. Eine Ursache liegt offenbar in Besonderheiten der medizinischen und pflegerischen Versorgung in den Ländern der ehemaligen UdSSR: Den Befragten sind kostenlose Beratungsangebote dort häufig unbekannt, Informationen wurden von behandelnden Ärzten nicht vertraulich gehandhabt.

Anlass der Beratungen: Eine Vielzahl kleiner und großer Probleme liefert den Anlass zur Kontaktaufnahme mit der Patientenberatung: Korrespondenz mit Ärzten, Bescheide von Krankenkassen und Ämtern, Wahrung von Fristen, akute gesundheitliche Probleme, Erläuterung ärztlicher Befunde und Empfehlungen. Nach Ansicht der befragten Berater wäre in Einzelfällen ein begleitendes Fallmanagement erforderlich, das jedoch innerhalb des zur Verfügung stehenden Angebots nicht zu leisten ist.

Erschwerte Bedingungen: Zu den soziokulturellen Barrieren des Zugangs zum Gesundheitswesen gehören häufig unzureichende literale Fähigkeiten, fehlende Sprach- und Sprechkompetenzen, limitiertes Ausdrucksvermögen und eine eingeschränkte kommunikative Kompetenz. „Hinzu kommen Informationsdefizite über das deutsche Gesundheitssystem, seine Instanzen und Angebote, aber auch über die Modalitäten der Nutzung. Sie erschweren, ja behindern die Inanspruchnahme des Gesundheitswesens.“

Für das Bielefelder Autoren-Team steht zusammenfassend fest: Unterstützungs- und Beratungsangebote für Migranten sollten sich nicht allein auf die Muttersprache und kulturell bedingte Besonderheiten im Herkunftsland konzentrieren. Auch die Stärkung der Health-Literacy-Fähigkeiten hat hohe Priorität. „Daher wird nun gemeinsam mit der Unabhängigen Patientenberatung ein Angebot entwickelt, das die Verbesserung entsprechender Kompetenzen der UPD und der dort tätigen Berater zum Ziel hat.“

Unkenntnis macht krank und kostet

Nicht nur Migranten weisen erhebliche Defizite in ihrer Gesundheitskompetenz auf. Niedriger sozialökonomischer Status und niedriges Bildungsniveau machen generell anfällig für ein niedriges Health-Literacy-Niveau. Die Statistik spricht von 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten in Deutschland: Menschen, die einzelne Sätze lesen können, aber kein Textverständnis

haben. Auch Ältere, oft multimorbid und von chronischen Krankheiten geplagt, verfügen über eine deutlich eingeschränkte Gesundheitsbildung.

Nichtwissen hat Nachteile: Für die Betroffenen bedeutet es eine schlechtere Gesundheitsversorgung, dem deutschen Gesundheitssystem beschert es laut WHO Kosten zwischen neun und 15 Mrd. Euro. Kleines Beispiel: Der Besuch der von schlecht informierten Menschen oft zuerst angesteuerten Klinik-Notaufnahmen sei teurer als ein Termin beim Hausarzt, erklärt Schaeffer.

Ausblick: Gesundheitskompetenz hat Zukunft

Künftig werden wir uns weit mehr um unsere eigene Gesundheit kümmern müssen, ist Schaeffer überzeugt. Information, Beratung, Selbstmanagementunterstützung und Kompetenzförderung würden dabei immer wichtiger. „Das Versorgungssystem wird uns dabei nur punktuell helfen.“ Aktuelle Untersuchungen Schaeffers sollen den Status der Gesundheitsbildung einzelner Bevölkerungsgruppen hierzulande ermitteln, um Verbesserungsmaßnahmen aufzuzeigen. Alltagstaugliche Veränderungen, etwa die Wegweisung in Krankenhäusern ergänzend zur Schriftsprache mit Piktogrammen, könnten ein Anfang sein. Höchstes Ziel bleibt die umfassende Aufklärung als Beitrag zur gesundheitsbezogenen Selbstbestimmung. Doris Schaeffer: „Health Literacy ist eine Herausforderung der Zukunft.“

Annett Horn, Dominique Vogt, Melanie Messer, Doris Schaeffer: „Health Literacy von Menschen mit Migrationshintergrund in der Patientenberatung stärken. Ergebnisse einer qualitativen Evaluation“, Schwerpunktheft „Migration und Gesundheit“ des Bundesgesundheitsblattes, Juni 2015, Band 58, Issue 6, Seiten 577-583.

Annett Horn, Doris Schaeffer: Evaluation der Patienteninformation und -beratung für türkisch- und russischsprachige Migrantinnen und Migranten, Veröffentlichungsreihe des Instituts für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld (IPW), 47 Seiten, Mai 2013, ISSN 1435-408X Diese dem o. g. Beitrag zugrundeliegende Studie ist [hier](#) kostenlos verfügbar.

Eine kurze Einführung in den Forschungsschwerpunkt „Health Literacy“ von Doris Schaeffer auf „research tv“ der Universität Bielefeld finden Sie [hier](#).

Pflege

Polnische Pflegekräfte: Raus aus der Grauzone

Sie pflegen Kranke, betreuen alte Menschen in ihrem Zuhause: Pflegerinnen – und selten auch Pfleger – aus Osteuropa. Sie sind vertraut mit den Menschen in ihrer Obhut, rund um die Uhr verfügbar. Sie helfen ein großes Problem zu meistern, mit dem die Familien, die sie beauftragen, alleine nicht zurechtkämen. Im Alltag werden sie geschätzt – die Betroffenen wissen, was sie an diesen Hilfskräften haben. In der Öffentlichkeit hingegen begegnen ihnen oft Unwissenheit und Argwohn, bewegen sich häufig in der Grauzone irregulärer Arbeitsverhältnisse. Was genau führt diese Menschen, „Pendelmigrantinnen“ genannt, nach Deutschland und wie sehen sie selbst ihre Situation?

Methodische Voraussetzungen

Patrycja Kniejska, Doktorandin am Lehrstuhl für Soziale Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund, fasste für die Friedrich-Ebert-Stiftung die Ergebnisse ihrer qualitativen Studie aus den Jahren 2011 bis 2014 zusammen. Zugrunde liegen 26 Interviews mit polnischen Pflegekräften in deutschen Privathaushalten. „Sie geben Aufschluss über Motivlagen und Merkmale dieser Arbeit sowie darüber, wie unterschiedlich und komplex diese Gruppe Pflegenden ist“, erläutert die Autorin. Zum Abschluss ihres Berichts macht sie Vorschläge, wie die Potenziale genutzt und die unverzichtbaren Helferinnen aus der Grauzone illegaler Beschäftigung geholt werden können.

Angebot trifft Nachfrage

Bei ihren Überlegungen zu den Ursachen benennt Kniejska die „Push- und Pullfunktionen für die Beschäftigung von Pendelmigrantinnen aus Polen“. Anders ausgedrückt: Die schwierige Lage auf dem polnischen Arbeitsmarkt und die zunehmende Zahl von Pflegebedürftigen hierzulande führen konsequent zur Beschäftigung polnischer Pflegekräfte in deutschen Privathaushalten. Die oft zu geringen Leistungen der Pflegeversicherung („Teilkaskoversicherung“) und das Reformziel „ambulant vor stationär“ sorgen für eine strukturelle Verstärkung der Nachfrage. Die Schätzungen für die Zahl polnischer Pflegekräfte in Deutschland reichen von 100.000 bis 300.000 Beschäftigten. Präzise Daten existieren nicht: „Denn häufig sind es irreguläre Arbeitsverhältnisse, die nicht registriert sind, bei denen die Löhne informell verhandelt und die Arbeitsbedingungen mündlich besiegelt werden.“

Polnische Pflegekräfte: Was sind das für Menschen?

Gesichert sind hingegen einige persönliche Merkmale der Pflegekräfte: Viele von ihnen sind verheiratet und haben überwiegend erwachsene Kinder, die sie weiterhin finanziell unterstützen. In der Mehrzahl verfügen sie über eine abgeschlossene Berufsausbildung, auch Beschäftigte mit Abitur oder Hochschulabschluss stellen sich vor. „Eine

pflegerische Fachausbildung ist dagegen selten vorhanden.“

Schwarzarbeitende Pflegekräfte haben meist ein dichtgewebtes Kontaktnetzwerk und verfügen über eine mehr als fünfjährige Berufserfahrung. Kniejska unterscheidet zwei Gruppen von Beschäftigten: Die einen wechseln sich an ihrer Arbeitsstelle nach sechs Wochen bis drei Monaten regelmäßig mit Freundinnen oder Bekannten ab, die anderen pendeln nur während ihres Urlaubs in Polen wegen des Zusatzverdienstes zum Pflegeeinsatz.

Einstellung zu Schwarzarbeit und Vermittlungsagenturen

Die Autorin konstatiert zwei Motive für die Entscheidung zur Schwarzarbeit. „Den meisten Pflegekräften fehlt das Unrechtsbewusstsein“, stellt Kniejska fest. 94 Prozent aller Vermittlungsagenturen auf dem deutschen Markt agierten in der Schattenzone, hätten Berechnungen für das polnische Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik ergeben. Daher fühlten sich viele Pflegekräfte übervorteilt und versuchten ihr Glück auf eigene Faust. Das zweite Motiv ist die Angst, die Hauptbeschäftigung oder Rente in Polen zu verlieren. „Sie (die Pflegekräfte, Red.) glauben, die Arbeit in einem Privathaushalt sichert sie vor möglichen behördlichen oder polizeilichen Kontrollen, weil sie sich als Familienmitglieder vorstellen können.“

Das wahre Leben und der Mindestlohn

Der Verdienst für polnische Pflegekräfte schwankt auf dem Schwarzmarkt erheblich – von ca. 500 Euro bis 1.800 Euro pro Monat. Für die Berechnung von Unterkunft und Verpflegung gibt es keine klaren Regelungen.

Seit dem 1. Januar 2015 gilt auch für Polinnen in der häuslichen Pflege der Mindestlohn: 8,50 Euro pro Stunde bei maximal acht Stunden Arbeit pro Tag. „Diese Vorschriften zeigen, dass offenbar wenig über die Realität der Pflegearbeit bekannt ist“, kritisiert Kniejska. Meist wohnen und leben die Polinnen im Haushalt der Pflegebedürftigen und sind rund um die Uhr präsent. Ihre Tätigkeit umfasst je nach individueller Situation Anteile von Betreuung, Pflege, Haushilfe und Zuwendung, von belastender Arbeit, leichter Beschäftigung und Bereitschaft. Was sie leisten, ist das Gegenteil von formell getakteter Minutenpflege.

Angesichts des komplexen Pflegealltags bestehe die Gefahr, dass die starren Mindestlohn-Regelungen die Schattenwirtschaft anheizen, fürchtet die Autorin. Um den Mindestlohn zu umgehen, nehme Scheinselbstständigkeit zu. Vermittlungsagenturen drohten ihren Beschäftigten sogar mit Kündigung, wenn sie nicht wahrheitswidrig die Bezahlung des Mindestlohns bestätigten. Im Gegenzug für kooperatives Verhalten werde ihnen eine „Entschädigung“ von drei Euro pro Tag gewährt.

Ausblick: Pro Pflege, gegen Schwarzarbeit

Zuallererst gehe es nicht um Geld, sondern um Anerkennung, fordert Autorin Kniejska. „Mehr Aufmerksamkeit, Anerkennung und Bestärkung seitens der Politik, der professionellen Pflegekräfte und der Angehörigen können helfen, die Potenziale der Pendelmigrantinnen besser und gerechter zu nutzen und sie auf diesem Weg für legale Arbeit zu gewinnen.“ Außerdem sollten Mindestlohn und starre Arbeitszeitregeln in der häuslichen Pflege gründlich überdacht werden. „Ein Entlohnungsmodell, das hier funktionieren könnte, müsste sich nicht an einem Stunden-, sondern an einem Tageslohn orientieren.“ Prämien etwa für erfolgreich aktivierende Pflege durch regelmäßige Spaziergänge könnten Besonderheiten jedes Betreuungsfalles berücksichtigen.

Aufklärung und Beratung der Hilfskräfte, ohne Strafandrohung oder Abwertung der geleisteten Arbeit, seien nötig, um die Schattenwirtschaft auszutrocknen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hieran mitzuarbeiten sei auch die Politik in Polen gefragt, vor allem aber das Bemühen polnischer und deutscher Behörden, das Problem gemeinsam in den Griff zu bekommen.

Kniejska, Patrycja: All-inclusive-Pflegeaus Polen in der Schattenzone: Ergebnisse von Interviews mit polnischen Pflegekräften, die in deutschen Privathaushalten beschäftigt

sind, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik, WISO direkt, Bonn, Mai 2015, ISBN 978-3-95861-150-4. Der Beitrag ist [hier](#) einsehbar.

Einzelne Zitate entstammen dem lesenswerten Beitrag der Autorin „Der Preis der Pflege. Bei der Betreuung alter Menschen arbeiten besonders viele Migranten. Ein starrer Mindestlohn schadet ihnen.“ Süddeutsche Zeitung, Außenansicht, 29. März 2015. Der Beitrag findet sich [hier](#).

Fachkräfterekrutierung in der Pflegebranche: Darum in die Ferne schweifen!

„Wir bieten zum nächstmöglichen Termin: Übertarifliche Bezahlung, Fortbildung und Schulung, flexible Arbeitszeiten, Wertschätzung...“ Viele Stellenangebote in der Pflegebranche klingen derzeit ziemlich nach Wunschkonzert – der Personalmangel lässt grüßen. Kaum eine andere Branche hat derartige Probleme, qualifiziertes Personal zu finden. 61 Prozent der Pflegebetriebe haben Vakanzen, im Durchschnitt sind 4,3 Stellen unbesetzt. Experten sagen für das Jahr 2025 einen zusätzlichen Bedarf von 150.000 bis 370.000 Fachkräften voraus.

Pflegebetriebe müssten also im Kampf gegen den akuten oder drohenden Fachkräftemangel eigentlich alle Register ziehen. Tatsächlich tun sie sich schwer: Nur ein Sechstel der Betriebe bemühte sich in den vergangenen drei Jahren um die Rekrutierung qualifizierter Mitarbeiter im Ausland, geht aus einer kürzlich veröffentlichten Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hervor.

Methodisches Vorgehen

Für die repräsentative Studie analysierten Prof. Dr. Holger Bonin und Angelika Ganserer vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) sowie Dr. Grit Braeseke vom Institut für europäische Gesundheits- und Sozialwirtschaft (IEGUS) die Praxis der internationalen Fachkräfterekrutierung in der deutschen Pflegebranche. Zugrunde liegt eine Umfrage Anfang 2015 von TNS Emnid unter knapp 600 Personalverantwortlichen aus drei zentralen Branchenbereichen: der stationären Krankenpflege in Krankenhäusern, der stationären Altenpflege in Pflegeeinrichtungen und der ambulanten Pflege von alten- und krankenschwachen sozialen Diensten. Die Leitfrage gilt den Chancen und Herausforderungen der Anwerbung von Pflegefachpersonal aus dem Ausland. Wie stehen die Arbeitgeber dazu und wenn überhaupt, welche Erfahrungen haben sie damit gemacht? Vor allem: Was erwarten Pflegebetriebe von der Politik, welche Hindernisse sähen sie gerne beiseite geräumt?

Fachkräftemangel: Pflegeunternehmen tun was, aber nicht genug

Drei Viertel der Unternehmen mit Einstellungsbedarf haben derzeit Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu finden. Zur Problemlösung setzen sie mehrheitlich auf ein ganzes Bündel personalpolitischer Instrumente. Ganz oben steht die Bindung des eigenen Personals etwa durch Qualifizierung, gutes Betriebsklima und Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. 80 Prozent der Unternehmen forcieren Maßnahmen zur Verringerung des Krankenstands. Zwei Drittel investieren in die Ausbildung zusätzlicher Pflegeschüler, akzeptieren Bewerber mit Defiziten und bemühen sich um die Bereitstellung altersgerechter Arbeitsplätze.

Dem Lockruf der Ferne folgen nur wenige Pflegebetriebe: Gerade einmal 16 Prozent haben in den vergangenen drei Jahren versucht, Pflegekräfte aus dem Ausland zu rekrutieren, mehrheitlich aus EU-Ländern. Große Unternehmen sind eindeutig aktiver. Für 59 Prozent der Unternehmen, die nicht im Ausland aktiv wurden, kommt das auch in nächster Zeit keinesfalls in Frage. Sie befürchten hohen Aufwand, hohe Kosten und rechtliche Hürden.

Kritik und Lob

Diese Vorbehalte werden durch Pflegeunternehmen mit Rekrutierungserfahrung im Ausland bestätigt: Mehr als vier von fünf dieser Unternehmen stießen bei der internationalen Fachkräftegewinnung auf bürokratische Hemmnisse, 63 Prozent beklagten Schwierigkeiten der sprachlichen Verständigung, 67 Prozent kritisierten Probleme bei der Anerkennung von Qualifikationen. 60 Prozent der Befragten sahen sich mit Schwierigkeiten bei der Einwanderungserlaubnis für Drittstaatler konfrontiert.

Dennoch machten Unternehmen mit Pflegekräften aus dem Ausland auch gute Erfahrungen. Ihre Einsatzbereitschaft sei besser als die ihrer deutschen Kollegen – 60 Prozent der Unternehmen äußerten sich über ihre angeworbenen ausländischen Pflegefachkräfte zufrieden bis sehr zufrieden.

Zurückhaltend bei der Fachkräfterekrutierung aus dem Ausland sind der Umfrage zufolge vor allem ambulante Pflegedienste. Von ihnen ist nur jeder zehnte in den vergangenen drei Jahren grenzüberschreitend aktiv geworden. Dagegen war jede fünfte stationäre Krankenpflege- oder Altenpflegeeinrichtung in diesem Sinne tätig.

Ausblick: Wie lässt sich mehr Pflegepersonal aus dem Ausland gewinnen?

Das Autorenteam sieht in der Untersuchung ein Beispiel dafür, wie weit Deutschland auch nach Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union immer noch von einer vorausschauenden und am Arbeitsmarkt orientierten Einwanderungspolitik entfernt ist. Zumal die Pflegebranche auch außerhalb der EU anwerben darf, da ihre Fachkräfte auf der Liste der Mängelberufe stehen. Der beträchtliche Aufwand gilt als stärkste Hürde der auswärtigen Personalrekrutierung, vor allem für kleine und mittlere Pflegeunternehmen. Folgende von den Wissenschaftlern vorgeschlagenen Maßnahmen sollen die Anwerbung von Fachkräften im Ausland grundlegend vereinfachen und so zu einer naheliegenden Option der Personalplanung machen:

Einführung eines effektiven Verfahrens der

Berufsanerkennung: Die von den Bundesländern vorgeschriebenen Regelungen zur Anerkennung sprachlicher und fachlicher Kompetenzen sollten bundeseinheitlich gebündelt werden. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, nicht nur Fachwissen, sondern auch berufspraktische Fähigkeiten stärker in die Bewertung einfließen zu lassen sowie erkannte Defizite durch gezielte Nachschulung und Weiterbildung zu beheben.

Verbesserung der Willkommenskultur aufseiten der

Behörden und Ämter: „Im Kern ist das deutsche System für die Zuwanderung von beruflich Qualifizierten im internationalen Vergleich weit offen“, urteilen die Autoren. Probleme ergeben sich eher auf der Arbeitsebene von Behörden und Ämtern. Praktische Lösungen sind zum Beispiel bei der kundengerechten Ansprache und Information nicht-akademisch vorgebildeter Bewerber gefragt. Dazu zählen die Überwindung von Sprachbarrieren und Orientierungshilfen im Alltag (Wohnungssuche, Einschulung von Kindern). Optimal wäre, wenn kommunale Unterstützungsangebote bereits vor der Ankunft der Zuwanderer in Gang gesetzt würden, was wiederum den eingespielten Informationsaustausch zwischen Behörden und Arbeitgebern voraussetzt.

Abbau sprachlicher Hürden: Die Überwindung von Sprachproblemen ist essentiell für den Rekrutierungserfolg. Hier bietet sich die Infrastruktur der Goethe-Institute an, wobei es die speziellen Bedürfnisse von Lernenden auf mittlerem Bildungsniveau zu berücksichtigen gilt. Zur Entwicklung entsprechender Angebote könnten auch deutsche Arbeitgeber finanziell beitragen.

Verbesserung der externen Unterstützung: Staatliche Stellen, internationale Stellenbörsen und private Personaldienstleister sollten die Auslandsrekrutierung künftig stärker unterstützen. So könnte die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) Qualitätskriterien

und Gütesiegel für Personaldienstleister und Stellenbörsen entwerfen, um deutschen Arbeitgebern und Arbeitssuchenden im Ausland verlässliche Orientierungshilfen an die Hand zu geben. Gefragt ist die Einrichtung einer internationalen Stellenbörse speziell für die Pflegebranche durch die Bundesagentur für Arbeit. Vorbild könnte die einstige Plattform der Greencard-Initiative sein. **Aufbau von Netzwerken:** Vor allem kleine und mittlere Unternehmen könnten von Mechanismen der Kooperation profitieren, die bei der Rekrutierung, der fachlichen und sprachlichen Vorbereitung sowie bei der sozialen Integration am Arbeitsort wichtig sind. Für den Aufbau solcher Netzwerke wäre die Pflegebranche zuständig. „Die Chancen für eine solche Kooperation stehen relativ gut, da die weitaus meisten Unternehmen mit Pflegeengpässen konfrontiert sind.“

Faire Gestaltung der internationalen Migration: Länder, die ohnehin einen Mangel an Gesundheitspersonal haben, dürfen nicht zusätzlich durch Rekrutierungsmaßnahmen von außen belastet werden. Die deutsche Politik sollte die Einhaltung ethischer Standards gewährleisten. Informations- und Imagekampagnen könnten gezielt auf Länder hinweisen, die keine Unterversorgung aufweisen.

Mehr Geld, bessere Bedingungen: Das fördert die Rekrutierung auch im Inland!

Selbst wenn die beschriebenen Handlungsansätze Erfolg zeitigen, werden sie „bei weitem“ nicht ausreichen, den Pflegekräftemangel restlos zu beheben, wissen die Autoren. „Daher bleibt es unumgänglich, sich auch mehr um einheimische Pflegekräfte zu bemühen.“ Die erforderlichen Maßnahmen sind bekannt, sie müssen jedoch endlich entschlossen angegangen werden. Dazu zählen nach Meinung der Autoren die Reform der Pflegeausbildung hin zur generalistischen Qualifizierung für alle Pflegeberufe, eine stärkere Professionalisierung der Pflege und die Übertragung von mehr Verantwortung auch im Zusammenspiel von Pflegern und Ärzten im Krankenhaus. Nicht zu vergessen angemessene Bezahlung und attraktivere Arbeitsbedingungen. „Diese Ansatzpunkte haben gemeinsam, dass sie auf eine echte Verbesserung von Status und Arbeitsbedingungen in der Pflege zielen“, meinen die Autoren. Denn: Erfahrungsgemäß zeigen Imagekampagnen für Pflegeberufe – wen wundert’s – „kaum erkennbaren Nutzen“.

Holger Bonin, Angelika Ganserer, Grit Braeseke: Internationale Fachkräfterekrutierung in der deutschen Pflegebranche. Chancen und Hemmnisse aus Sicht der Einrichtungen, 73 Seiten, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, 2015. Die Studie kann [hier heruntergeladen werden](#).

Europa

Grundprinzipien für die Sozialsysteme in Europa

„Das Europäische Sozialmodell baut auf den Grundsätzen der Solidarität und der öffentlichen Verantwortung auf.“ Mit diesem Satz leitete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), ein beratendes Organ der EU, die Einladung zu einer öffentlichen Anhörung ein. Es ging um Prinzipien für effektive und verlässliche Sozialleistungssysteme in Europa. Hintergrund ist die Vorbereitung einer Initiativstellungnahme des EWSA zu dem Thema. Berichterstatter für dieses Dossier ist der ehemalige Diakonie-Vorstand Bernd Schlüter, welcher die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) in dem Ausschuss vertritt. Er sieht die entscheidenden Fragen im Finanzierungsumfeld von Sozialunternehmen.

Bei der Anhörung am 22. Juni 2015 in Brüssel kamen nicht nur die Mitglieder des EWSA, sondern auch Mitarbeiter der EU-Kommission und des Europaparlaments sowie Vertreter von Anbietern sozialer Dienstleistungen in Brüssel zusammen, um sich zu dem Thema zu äußern.

Vorschlag für einen Mindeststandard für Sozialleistungen

Die EU wurde während der Krise von den Bürgerinnen und Bürgern nicht als sozialpolitische Instanz wahrgenommen, sondern vielmehr als Institution, welche für makroökonomische Ausgeglichenheit auch Kürzungen bei den Sozialleistungen in Kauf nimmt. In diesem Kontext zielt die Stellungnahme des EWSA lediglich auf einen Bereich der gesamten Sozialpolitik:

auf die öffentlich-finanzierten sozialen Dienste, welche durch die Sozialsysteme gewährleistet werden sollen. Ziel ist es, für diese einen EU-weiten Mindeststandard zu etablieren. Da die EU in diesem Bereich jedoch keine umfangreichen rechtlichen Kompetenzen hat, kann sich der angestrebte Mindeststandard nur in Form von Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten sowie in verpflichtenden Verbindlichkeiten für die EU-Institutionen äußern.

Insgesamt stehen 17 Prinzipien zu den folgenden Kernbereichen sozialer Dienste zur Diskussion: Mindestschutz, Bedarf, Zielbestimmung, Zugänglichkeit, Verhältnismäßigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung, gesellschaftliche Teilhabe, rechtliche und finanzielle Struktur, Selbstbestimmung der Nutzer, Rechtssicherheit, Gemeinwohlorientierung, Transparenz, Vernetzung, Augenhöhe von Erbringern und Nutzern, Qualität und grenzüberschreitende Übertragbarkeit von Sozialleistungen.

Einige dieser Bereiche sorgen dabei für mehr Unstimmigkeit als andere. Während sich die Teilnehmer der Anhörung über ein Bedarfsprinzip, welches die Bereitstellung professioneller Sozialleistungen für die unterschiedlichen Probleme garantieren soll, größtenteils einig waren, sorgte insbesondere die Forderung nach einem Mindestschutz für Aufsehen. Dieser Mindestschutz für Menschen ohne ausreichendes Einkommen soll laut des derzeitigen Entwurfs durch eine zusätzliche Existenzsicherung geschützt werden, welche einem „bedingungslosem Grundeinkommen“ nahe kommen würde.

Ein weiterer Kernaspekt der Debatte ist die Frage der Finanzierung, welche nach Meinung des Berichterstatters generell solidarisch, also staatlich geregelt sein sollte. Dies würde durch das „Prinzip der Gemeinwohlorientierung“ gestützt, welches besonders gemeinwohlorientierten und inklusionsfreundlichen Unternehmens- und Organisationsformen geeignete finanzielle und rechtliche Bedingungen garantiert.

Private Finanzierungsformen, wie sie die EU-Kommission beispielsweise durch „Social Impact Investment“ fördern möchte, sollten demnach lediglich eine ergänzende Rolle einnehmen dürfen und nicht als Vorwand für Kürzungen der staatlichen Sozialausgaben benutzt werden. Der Aspekt der Finanzierung von Sozialunternehmen ist auch eine Priorität der luxemburgischen Regierung, welche am 01. Juli 2015 die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat.

Auswirkungen auf die europäische Sozialpolitik

Auf die Vorstellung des Entwurfs für eine Stellungnahme des EWSA folgte eine Erläuterung des Vertreters der EU-Kommission Stefan Olsson, welcher für die Bereiche „Soziale Inklusion und Armutsbekämpfung“ verantwortlich ist. Hierbei bleibt zunächst festzuhalten, dass der EWSA lediglich eine beratende Funktion gegenüber der EU-Kommission einnimmt, und diese nicht verpflichtet ist, die Stellungnahme in eine entsprechende Gesetzesinitiative zu transferieren.

Auch wurde umgehend auf die eingeschränkte Kompetenz der EU-Kommission im Bereich der Sozialpolitik hingewiesen.

Trotz der eingeschränkten Legislativmöglichkeiten der Kommission gäbe es einige Bereiche, für welche die genannten Grundsätze als obligatorisch geltend gemacht werden könnten. So wird die EU-Kommission ihren sozialpolitischen Schwerpunkt auf das Erreichen der EU2020-Ziele der Armutsbekämpfung legen, welches in den nächsten 5 Jahren 20 Millionen Menschen aus der Armut holen und 75 Prozent der 20 bis 64-jährigen in Beschäftigung bringen soll. Die derzeitige Entwicklung sei laut der Aussage des Kommissionsvertreters nicht ausreichend.

Dabei wird die EU-Kommission vor allem unterstützend tätig sein, etwa durch Empfehlungen an die Mitgliedstaaten, länderspezifische Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters oder analytische Unterstützung. Einfluss auf die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten hat die Kommission auch durch EU-Fördermittel, insbesondere durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Programm für Beschäftigung und soziale Inklusion (EaSI) und der Initiative für Jugendbeschäftigung.

Ob die EU-Kommission einen Legislativvorschlag unterbreiten wird, um die genannten Grundsätze für diese Politikbereiche verpflichtend zu machen, bleibt abzuwarten. Die nächste Plenarsitzung des EWSA findet am 16./17. September 2015 statt. Eine weitere Konferenz zu diesem Thema wird Ende des Jahres in Luxemburg stattfinden.

Den Vorentwurf der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vom 16. Juni 2015 „Grundsätze wirksamer und verlässlicher Sozialsysteme“ finden Sie [hier](#).

Gesellschaft

Mehr Demokratie wagen – per Internet? Vier Wege partizipativer Erneuerung

Ja, wo ist es denn, das „Gespenst der Demokratiekrise“? Wolfgang Merkel sieht es vielerorts herumgeistern: auf Podien, in den Medien, in Foren und Alltagsgesprächen, überall, wo der Trendbegriff der „Postdemokratie“ die Deutungshoheit erlangt hat. Doch der Berliner Demokratieforscher glaubt nicht an Gespenster. Zum einen, weil niemand sagen kann, ob es jemals das Goldene Zeitalter der Demokratie gegeben hat. Zum anderen gelten ihm der Partizipationszuwachs von Frauen, der Schutz von Minderheiten und die kritische Beobachtung der politischen Eliten heutzutage doch eher als Beispiele für einen Zuwachs an demokratischer Lebensqualität in unseren Breiten.

Der allgemeinen Krisendiagnose mag Merkel nicht zustimmen. Sehr wohl aber dem Befund „ungelöster Herausforderungen und eines sichtbaren demokratischen Substanzverlustes“ unseres Gemeinwesens. Parteien verlieren an Vertrauen, globalisierte Finanz- und Wirtschaftsmärkte untergraben die demokratische Legitimation des Nationalstaats, wachsende soziale Ungleichheit sorgt dafür, dass das untere Drittel der Gesellschaft aus der politischen Teilhabe ausgestiegen ist. Die repräsentative Demokratie steht fraglos unter Druck. Seit Jahren schon werden unterschiedliche Reformansätze diskutiert, die dem Bürger verlorenes Terrain demokratischer Mitwirkung zurückgeben sollen.

Vier prominente Vorschläge partizipativer Erneuerung nimmt Merkel genauer unter die Lupe: digitale Demokratie,

Volksabstimmung, deliberative Demokratie und europäische Integration. „Was ist von solchen Vorschlägen zu halten? Halten sie tatsächlich die behaupteten Heilkräfte bereit, um die ‚postdemokratischen‘ Malaisen zu kurieren, oder verschärfen sie diese?“ stellt er als Leitfrage seiner Studie „Nur schöner Schein?“ für die Otto Brenner Stiftung voran. Wolfgang Merkel, Direktor der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), räumt mit mancher liebgewonnenen Vorstellung auf, wie ein demokratischer Zugewinn aussehen könnte. Nachfolgend zentrale Ergebnisse der Untersuchung.

Digitale Demokratie: Das Internet bringt keine Wähler zurück

Der Cyberspace hat große Hoffnungen auf neue Dimensionen demokratischer Mitwirkung geweckt. Traditionelle Hürden der Information und Kommunikation sind gefallen, Meinungsbilder und Abstimmungen können ohne größeren Aufwand basisdemokratisch organisiert werden. Der Blick auf die tatsächliche Nutzung ist indes ernüchternd: „Empirische Untersuchungen zeigen bisher, dass ungefähr die Hälfte der Nutzer das Internet überhaupt nicht für politische Informationen irgendeiner Art nutzt“, stellt Merkel fest. „Von der anderen Hälfte ist es wiederum nur ein kleiner Teil, der dies regelmäßig tut, und noch ein kleinerer Teil, der das aktiv betreibt.“

Beispiele wie der „große Freilandversuch“ der Piratenpartei zeigen Merkel zufolge auch die Grenzen der „Liquid Democracy“ auf. Der Versuch, Menschen an Parteien vorbei zu politischer Gestaltung zusammenzuführen, schlug fehl, begleitet von schrillen Mustern „elektronisch gestützter Niedertracht“.

Dabei würdigt Merkel ausdrücklich die demokratietauglichen Vorteile des Internets. Die traditionellen Institutionen der repräsentativen Demokratie hätten das Netz längst für sich entdeckt und nutzten es für den Kontakt mit interessierten Bürgern. „Insbesondere für politische Parteien werden sich zusehends Formen entwickeln, die die Mitglieder stärker an der innerparteilichen Willensbildung teilhaben lassen.“

Die eigentlich innovative Seite der digitalen Demokratie offenbart sich für Merkel jenseits der konventionellen Organisationen: „Eine digitale Zivilgesellschaft ist im Entstehen.“ NGOs wie „Transparency International“ und „Human Rights Watch“ erzielen mittels sogenannter Watchdog-Aktivitäten bessere Kontrolle und mehr Transparenz (Monitory Democracy), der „Occupy“-Bewegung gelang Protestartikulation und Problemsensibilisierung mittels Netzwerken wie Facebook und Twitter. Solche Strukturen digitaler Demokratie ersetzen zwar die herkömmlichen politischen Institutionen nicht, können ihnen aber kreative Anstöße liefern, ist Merkel überzeugt.

Dass man mit einem Mausklick schon entscheidend politisch gestalten kann, hält der Politikwissenschaftler für eine Illusion. Digitale Wahlhilfen wie E-Voting und Wahl-O-Mat haben nicht zur höheren Wahlbeteiligung geführt. Vor allem junge Menschen machen vom Angebot der elektronischen Stimmabgabe Gebrauch, aber nur, wenn sie ohnehin an Politik interessiert sind. Ansonsten droht digital-soziale Ausgrenzung – die neuen Medien haben das untere Drittel der Gesellschaft nicht in die Politik zurückgeholt, konstatiert Merkel. Hinzu kommen Tendenzen der Informationsüberflutung, der Partizipationsillusion, sogar der Beliebigkeit: „Eine Petition mit einem Mausklick im Internet zu unterzeichnen, kostet nichts.“ Gefahren wie Manipulation und anonyme Denunziation am digitalen Pranger säumen den Weg zur Verheißung der noch lange nicht eingelösten E-Democracy. Allerdings sollten diese Missliebigkeiten nicht zur pauschalen Abwertung einer noch in den Kinderschuhen steckenden Innovation mit großem Potenzial führen, warnt Merkel: „Echte Chancen sind ohne Risiken kaum zu haben.“

Volksabstimmung: Die „Schrumpfverson des Volkes“ wählt

Das Referendum wird gern als Frischzellenkur unverfälschten Bürgerwillens, als „Schule der Demokratie“ (Tocqueville) gehandelt. Soweit die Theorie. In Wirklichkeit, führt Merkel aus, liegt in fast allen Ländern Westeuropas die Wahlbeteiligung bei Volksabstimmungen unter dem Wert von nationalen

Parlamentswahlen – nicht das Volk, sondern „eine Schrumpfverson des Volkes“ stimmt ab. Außerdem verstärken Referenden die Tendenz zur Überrepräsentation gutsituierter Mittel- und Oberschichten, vor allem von Männern. Minderheiten kommen bei Volksabstimmungen gerade in jüngerer Zeit nicht gut weg: In der Schweiz wird dies bei Abstimmungen zur Einbürgerung von Ausländern und zum Verbot des weiteren Baus von muslimischen Minaretten deutlich, in Kalifornien bei Abstimmungen zu Rechten von Homosexuellen, Aidskranken und Obdachlosen. Volksabstimmungen haben sich bislang vor allem bei Fragen der EU-Mitgliedschaft und der Abtretung nationaler Souveränitätsrechte als sinnvoll und von hoher Beteiligung getragen erwiesen, außerdem bei Entscheidungen auf kommunaler und regionaler Ebene mit hohem Quorum, hält Merkel fest.

Deliberative Verfahren: Gute Argumente, kaum gefragt

Diese Form der Mitwirkung ist gewissermaßen das Gegenteil des Referendums: „Nicht das Volk‘ insgesamt soll angesprochen werden, sondern kleine Gruppen.“ Eine zwanglose, auf Argumenten basierende Kommunikation zielt auf breiten Konsens und vernünftige Entscheidungen. Trotz gegenteiliger Absicht bleibt deliberative Politik aber ein elitäres Unterfangen unter Ausschluss bildungsferner Schichten und spielt in Deutschland bestenfalls auf lokaler Ebene eine geringe Rolle. „Die in manchen Kommunen eingerichteten

Bürgerhaushalte sind weder besonders erfolgreich, noch werden sie von den Bürgern nennenswert nachgefragt.“

Mehr Europa: Weniger Demokratie?

Das Abwandern politischer Entscheidungen an internationale und supranationale Politikverbände ist Merkel zufolge eines der großen Demokratieprobleme zu Beginn des 21. Jahrhunderts. „Auch die Politisierung solcher Verbände führt selbst in den am meisten fortgeschrittenen Fällen wie der EU zu nicht annähernd gleichen demokratischen Verhältnissen wie im Nationalstaat.“ Trotz Einführung von Direktwahlen (1979) zum europäischen Parlament und der schrittweisen Ausweitung seiner Kontroll- und Beteiligungsrechte ist die Wahlbeteiligung von damals 61,9 Prozent auf gegenwärtig 42,5 Prozent (2014) zurückgegangen. Dem Trend, substanzielle Demokratieverluste leichthin gegen erhoffte ökonomische Effizienzgewinne tauschen zu können, müssten Grenzen gesetzt werden. Wie die demokratische Balance zwischen Nationalstaat und Europäischer Union künftig aussehen könnte, bleibt vage. Studienautor Merkel: „Es muss ein Weg zwischen dem pessimistischen Rückzug in das nationalstaatliche Regierungsgehäuse und der optimistischen Erwartung der effektiven Demokratisierbarkeit supranationaler Organisationen gefunden werden.“

Fazit: Mehr Demokratie nur durch echte Reformen

Die Grundfesten der Demokratie stehen keinesfalls vor ihrer Schleifung, wohl aber vor großen Herausforderungen, zieht Merkel Bilanz. Die vier demokratischen Neuerungen – digitale Demokratie, Volksabstimmung, deliberative Demokratie und europäische Integration – können nur Teil der Lösung sein. Die traditionellen Institutionen stehen unter Zugzwang: „An erster Stelle muss vielmehr eine Reformierung und Vitalisierung von Parteien, Parlament und Regierung selbst stehen.“

Wolfgang Merkel: Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis, Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft 80, 138 Seiten, Frankfurt/Main 2015. Die Studie ist [hier](#) im Download verfügbar.

Materialien

Mythos Redemacht: Die Kunst des Überzeugens

Karl-Heinz Göttert: Mythos Redemacht. Eine andere Geschichte der Rhetorik, S. Fischer Wissenschaft, Hardcover, 510 Seiten, 24,99 Euro, ISBN: 978-3-10-026531-9

Führungskräfte und solche, die es werden wollen, dürfen nicht auf den Mund gefallen sein. Vortrag, Meeting, Kundenpräsentation, Mitarbeiterschulung, Jubiläum – große und kleine Anlässe machen das gesprochene Wort zum Führungsinstrument. Auf dem Weg zum begnadeten Redner versprechen teure Seminare und eine riesige Ratgeberliteratur rasche Hilfe. Sein Publikum überzeugen und begeistern, das lässt sich lernen, so die Botschaft. Was macht eine gute Rede aus, mit welchen sprachlichen und gedanklichen Finessen wartet sie auf? Welche Rolle spielt die Persönlichkeit des Vortragenden, wie schafft er es, die Zuhörer für seine Sache zu gewinnen? Viele Fragen, viele Antworten. Der emeritierte Kölner Literaturwissenschaftler Karl-Heinz Göttert nimmt sich ihrer in seinem hochgelobten Werk „Mythos Redemacht. Eine andere Kulturgeschichte der Rhetorik“ an.

Die Macht der Rede: Lernen von der Antike

„Göttert gibt der Sehnsucht nach der guten Rede einen historischen Unterbau“, schreibt die *Badische Zeitung*. „Höchst selten gelingt ein Werk, das so umfassend und dennoch anschaulich, so fundiert und dennochelegant die Grenzen

verschiedener Länder und Jahrhunderte überspannt“, urteilt der *Kultur Spiegel*. Tatsächlich holt Göttert mit der Leitthese seines Buches zum großen Wurf aus: Demzufolge gründet die vielbeschworene Macht der Rede auf einem Konzept von Redekunst, das im antiken Athen entstanden und noch heute gültig ist.

Doch was ist an dieser Kulturgeschichte „anders“, wie Göttert im Untertitel verspricht? „Die Geschichte der Rhetorik geht immer nur von lehrbuchartigen Anleitungen für gute Reden aus, nie von tatsächlich gehaltenen Reden“, moniert das Buch gleich zu Beginn. Diesem Manko setzt der Autor seine praktisch orientierte Betrachtungsweise entgegen. Göttert fasst berühmte Rhetoriker von Perikles bis Brandt zu Paarungen zusammen, vergleicht sie miteinander und erzählt auf diese Weise fast nebenbei eine lebendige Geschichte der europäischen Rhetorik. So findet sich zum Beispiel Perikles' Gefallenenrede neben Richard von Weizsäckers Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes und Ciceros Plädoyer gegen Catilina neben Joschka Fischers Aufruf zum Eingreifen in den Balkankrieg. Die Beispielsammlung reicht von der Philippika zur Pathosrede, von der Predigt zur demagogischen Hetze. Exkurse zum Charisma, zum Redeort und zur Praxis des Redenschreibens runden die Betrachtungen ab. Rhetorik, davon ist der Buchautor überzeugt, ist nicht nur theoretisches Regelwerk und schon gar nichts Natürliches. Sie ist ein gelebtes Kunststück, das sich in jeder Epoche

neu ausformt.

Barack Obama: ins Präsidentenamt geredet

Den Anstoß zu seinem Buch, lässt Göttert wissen, gab ihm die Rede Barack Obamas bei dessen Deutschlandbesuch 2008 in Berlin: „Ich hatte nicht erwartet, in modernen oder gar postmodernen Zeiten mit einer Gestalt konfrontiert zu werden, die so sehr an die klassischen Redner erinnert.“ Und: „Man kann zweifellos sagen, dass Obama wie kein anderer Präsident diesen unerhörten Aufstieg seinen Reden verdankt.“

Welche Elemente typisch europäischer Rhetorik legt Göttert nun in Obamas Wahlkampfreden frei? Es handelt sich um ein ganzes Arsenal geschickt eingewobener Wirkmechanismen: Da ist zum Beispiel die narrative Persuasion – empathiefördernde Geschichten aus dem Alltag einfacher Menschen sowie Szenen der eigenen schicksalsgebeutelten Herkunft – mit der der erste schwarze US-Präsident das Publikum auf seine Seite zieht. Gerne richtet Obama auch Worte der Ehrerbietung ans Publikum und an den politischen Gegner, ein beliebter Kniff, um sich selbst mit Noblesse zu schmücken. Argumentative Antithesen und Paradoxa vermitteln intellektuellen Anspruch, Stilmittel wie Metaphern und Anaphern (Verstärkung durch Wiederholung) fördern die Bildhaftigkeit des Vortrags.

Man möchte dem Autor spontan zustimmen, wenn er die Gegenüberstellung von Obama und dem spätantiken Prediger Johannes Chrysostomos „mehr als gewagt“ findet. Doch die von Göttert zur Rechtfertigung herangezogenen Parallelen beider Redner liefern fruchtbare Denkanstöße. In beiden Fällen treffen prägende rhetorische Stilmittel und charismatisches Erlösungsversprechen überzeugungsstark zusammen: beim Kirchenmann durch die christliche Botschaft, beim Präsidenten durch die Beschwörung der amerikanischen Verfassung, die schon so vielen Generationen zuvor Hoffnung („Yes, we can“), Selbstverwirklichung und patriotischen Zusammenhalt beschert habe.

Auch Verbrecher reden gut

Hohe Redekunst hat jedoch nicht immer mit Wahrheit oder Moral zu tun. Anders als der Wissenschaft geht es ihr mehr um Wirkung als um Wahrheit. An diesem Punkt kritisiert Göttert den einflussreichen Rhetorikforscher Walter Jens (1923-2013), wonach die große, wirkmächtige Rede nur in der demokratischen Freiheit blühen könne. Schon die Geschichte des antiken Griechenlands lehre auch Gegenteiliges, so Göttert: „Die Macht der Rede kann leicht eine Schwester der Gewalt werden.“

Das überzeugendste Beispiel liefert der Nationalsozialismus. „Es gab und gibt Verbrecher, die gut reden können. Und der peinlichste Redner dieses Schlages ist Hitler.“

Wobei die Peinlichkeit auch mit der skrupellosen Adaption moderner Technik zusammenhängt. Hitler, Goebbels und Konsorten begannen ihre politische Laufbahn in einer Zeit, bevor der Lautsprecher aufkam. Als sich diese technische Innovation dann Mitte der 20er-Jahre ausbreitete, setzten sie ihre gewohnten Brüllorgien unvermindert fort – einfach lautstärker.

Leidenschaft lockert die Zunge

Kommt Götterts Buch nicht viel zu spät, müsste eine illusionslose Sicht zur Lage der Rhetorik heute nicht in deren Abgesang einstimmen? Wann wurde im Bundestag zuletzt eine Rede gehalten, von der die Nation sprach? Wo sind die heutigen Wehners, Schumachers und Strauß' mit ihrer polternden Wortgewalt, wo ein neuer Weizsäcker mit seiner geschliffenen Wortkunst? Stattdessen überall Politiker, Wirtschaftsbosse und Funktionäre mit dünnen Statements, rundgeschliffen von Heerscharen von PR-Beratern und Meinungsforschern. Gut lamentiert, gewiss, doch Göttert schließt sich solchen kulturpessimistischen Allgemeinplätzen nicht an. Beispiele wie erst kürzlich die Wutrede des belgischen Abgeordneten Verhofstadt an den griechischen Premier Tsipras im Europaparlament oder die berühmte Verbalattacke von Außenminister Steinmeier in Berlin gegen Friedensaktivisten zeigen, dass die öffentliche Ansprache immer dann wirkt, wenn sie von Klartext und Leidenschaft befeuert ist. Authentizität kommt vor raffiniertem Reglement.

Ziemlich weiblich, aber kaum Frauen

Wie sehr die Rhetorik ein Spiegel ihrer Zeit ist, zeigt sich Göttert zufolge für die Gegenwart darin, dass die Rede weiblicher wird. Klischee oder nicht – das jedenfalls behauptet die moderne Linguistik. Sie konstatiert den Bedeutungsverlust logischer Textstrukturen wie Antithesen und Paradoxa, die als männlich-aggressiv gelten, zugunsten der Emotionalisierung der Rede mittels Beispielen und Geschichten. Allerdings scheint diese Entwicklung bei den weiblichen Akteuren noch nicht recht angekommen zu sein: In Götterts Buch tritt Rosa Luxemburg als einzige weibliche Vertreterin hoher Redekunst auf, während Angela Merkel fehlt.

Die Zukunft: Worüber noch zu reden ist

Autor Göttert hält nicht mit seiner Skepsis über die Zukunft des europäischen Rhetorikmodells hinter dem Berg. Es breitete sich mit dem Kolonialismus über den Globus aus, stößt heute aber zum Beispiel in der fernöstlichen Welt auf Gegenwehr. Konfuzius misstraute jeder Zungenfertigkeit und verbalen Betörung, der Taoismus idealisiert die innere Wandlung des Menschen: „Ein Wissender redet nicht. Ein Redender weiß nicht.“

Göttert entgeht nicht, wie sehr Fernsehen und neue Medien die Rolle des öffentlich gesprochenen Wortes verändert haben und weiterhin verändern werden. Alles das „könnte die zum Publikum versammelte Hörschaft aufheben und damit den Redner weniger verändern denn schlicht überflüssig machen.“

Wie groß die Gefahr tatsächlich ist, darüber wird noch zu reden sein. Bis dahin liefert Götterts ebenso kenntnisreiches wie unterhaltsames Buch reichlich Diskussionsstoff. Wer jedenfalls Argumente für die kulturgeschichtliche Bedeutung der guten Rede sucht, wird „Mythos Redemacht“ als Standardwerk schätzen lernen.

Über den Autor

Karl-Heinz Göttert, geboren 1943, studierte Geschichte und Deutsch an der Universität zu Köln, promovierte und habilitierte sich dort und lehrte dort bis zu seiner Emeritierung als Professor für Ältere Deutsche Literatur. Im S. Fischer Verlag ist zuletzt „Abschied von Mutter Sprache. Deutsch in Zeiten der Globalisierung“ (2013) erschienen.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG

Wörthstraße 15-17

50668 Köln

Telefon 0221 / 97356-237

Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de

Jörg Bärschneider, joerg.baerschneider@gmx.de

Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Editorial, Arbeitswelt)

Tobias Nickl (Büro Brüssel), t.nickl@eufis.de (Europa)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich